

Interview mit Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Jan Üblacker/Lynn Berg (JÜ/LB): Welche Aufgaben haben die Oberbürgermeisterin und die Stadtverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern?

Henriette Reker (HR): Die Aufgaben der Stadtverwaltung sind sehr umfangreich und vielschichtig. In den Aufgaben einer Verwaltung bilden sich fast alle Lebensverhältnisse und Bedürfnisse ab, die Bürgerinnen und Bürger haben, von Kindertagesstätten über Bildungseinrichtungen, bis zum Thema Wohnen, Soziales, Verkehr, Klima, Kultur, Sport, Brauchtum, öffentliche Ordnung etc. Kompetenzen und Leistungsfähigkeit von Stadtverwaltungen sind natürlich erschöpflich, sodass sie in vielen Fällen lediglich die Voraussetzungen für andere Akteure schaffen, wie etwa im Wohnungsbau und Planungsrecht. Wir legen die Voraussetzungen dafür, dass zum Beispiel private Bauherren oder Investoren ihr Projekt in Köln realisieren können. Es gibt auch viele Mischformen, wie den Schulbereich: Der Bau von Schulen liegt in erster Hand bei den Kommunen, der Schulbetrieb selbst in Händen des Landes. Zudem bietet die Verwaltung eine Vielzahl an städtischen Dienstleistungen an, auf die die Kölnerinnen und Kölner angewiesen sind. In meiner Funktion als Oberbürgermeisterin bin ich sowohl Ratsvorsitzende, Chefin der Verwaltung mit rund 20.000 Mitarbeitenden und auch erste Repräsentantin dieser Stadt. Der Rat stellt mit seinen Entscheidungen wichtige Weichen für die Zukunft der Stadt und ist genau wie ich als Oberbürgermeisterin von den Kölnerinnen und Kölnern gewählt. Daraus leiten wir die Legitimation ab zu entscheiden. Wir arbeiten für die Kölnerinnen und Kölner. Grundsätzlich sehen wir nicht nur unsere Aufgabe darin städtische Dienstleistungen anzubieten, sondern wir versuchen als Stadt einen Ort für die hier lebenden Menschen zu schaffen, der lebenswert, offen und vielfältig ist. Dabei versuchen wir integriert und vernetzt und auch mit Blick auf die Zukunft zu denken. Wir müssen auch diejenigen mitdenken, die noch gar nicht in Köln sind oder auch noch nicht geboren wurden. Die Aufgaben und Themen unserer Zeit sind vielschichtig, herausfordernd und wir müssen uns ihnen mit den hier lebenden Menschen gemeinsam stellen. Dafür nehmen wir alle Lebensbereiche in den Blick. Städtische Dienst-

leistungen vereinfachen und umfänglich anzubieten, ist hierbei nur ein Teil. Die Verwaltung und auch ich persönlich haben einen hohen Anspruch. Jeden Tag aufs Neue stellen wir uns die Frage: Wie schaffen wir die besten Lebensbedingungen, wie wollen wir in Köln zusammen leben und was ist dafür nötig? Uns ständig zu hinterfragen, weiterzuentwickeln und die Anforderungen einer modernen Stadtgesellschaft zu berücksichtigen, ist nicht immer einfach, aber es lohnt sich für die Stadt Köln und die Menschen, die hier leben.

JÜ/LB: Vor dem Hintergrund Ihrer Arbeit und dieser Aufgaben: Welche Verantwortung kommt der Stadtverwaltung und der Oberbürgermeisterin im Umgang mit demokratiefernen Orientierungen in der Stadt zu?

HR: Die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung sind erst einmal für alle Menschen dieser Stadt da – auch wenn manchen eine »Demokratieferne« zugeschrieben wird oder sie sich offenkundig so verhalten. Aber gerade auch deren Ängste, Sorgen und Nöte müssen wir ernstnehmen. Diese beziehen sich oft auf persönliche Lebensläufe, auf die eine Stadtgesellschaft nur bedingt Einfluss hat, aber auch auf die strukturelle und soziale Situation in ihrem Stadtteil oder wie wir hier in Köln sagen »Veedel«. Deshalb arbeiten wir als Verwaltung auch daran, konkrete Verbesserungen für Menschen in ihren Stadtteilen auf den Weg zu bringen und zu bewirken. Damit können wir zum einen unsere Wertschätzung zeigen und zum anderen auch konkret Abhilfe schaffen – sei es beispielsweise durch bauliche Maßnahmen oder Infrastrukturprojekte. Gleichzeitig müssen wir aber auch deutlich sagen, dass Demokratie nicht bedeutet, Einzelinteressen zu verfolgen. Wir werben daher dafür, dass demokratischer Meinungsaustausch und widerstreitende Interessen sowie das Aushandeln verschiedener Positionen und Kompromisslösungen nicht negativ belegt werden, sondern in einer demokratischen Gesellschaft positiver Standard sind. Köln lädt jeden ein, sich an der Meinungsbildung aktiv zu beteiligen. Und gerade in den letzten Jahren hat Köln dazu große Fortschritte gemacht. Das bedeutet einerseits, dass Kritik und Unzufriedenheit geäußert werden können, Vorschläge eingebracht werden können und sollen, jedoch muss auch die gegenteilige Position angemessen zur Kenntnis genommen werden. Andererseits müssen wir aber auch berücksichtigen, dass manche Menschen stumm bleiben, weil sie glauben, dass ihre Stimmen ohnehin nicht gehört würden. Und gerade diese Personengruppe ermuntern wir als Stadt, sich zu beteiligen. Grundsätzlich müssen wir demokratiefernen Kreisen stärker aufzeigen, welche Möglichkeiten der Beteiligung es für sie gibt. Es geht darum, möglichst viele Menschen mit einzubeziehen und das Gesamtwohl nicht aus den Augen zu verlieren. Wir sind in Köln in der guten Situation, dass wir wirklich eine breite Debattenkultur leben. Und das ist gut so. Als Oberbürgermeisterin habe ich jedoch gegenüber demokratiefeindlichen Kräften, die ihre persönliche Meinung

über alles andere stellen oder Menschen in unserer Stadt rassistisch oder antisemitisch angehen, eine klare Haltung: Wir leben Demokratie im besten Sinne und wir stehen in Köln zusammen, wir lassen uns in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft nicht aufspalten, leben Toleranz und Hetze wird nicht geduldet

JÜ/LB: Wo begegnen Sie bzw. die Stadtverwaltung in Ihrer Arbeit solchen Orientierungen? In welcher Form zeigen sich diese?

HR: Als Oberbürgermeisterin bin ich mit vielen Menschen dieser Stadt im Gespräch. Und zwar nicht nur, weil das meine Aufgabe ist, sondern weil es mir ganz persönlich wichtig ist und ich das auch gerne tue. Ich sehe jeden Tag aufs Neue, mit welch hohem Engagement sich viele Kölnerinnen und Kölner in dieser Stadt einbringen. Ich bekomme dabei auch mit, dass sich manche Menschen von unserem politischen System nicht repräsentiert sehen oder dass sie selbst noch nie einen Versuch gemacht haben, ihre Meinung in einem Diskurs einzubringen. Das beunruhigt mich. Aber ich akzeptiere deshalb weder eine pauschale Politikerschelte noch den Vorwurf, Kommunalpolitik sei zu abgehoben oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung untätig. Vielfalt und Respekt sind Kölns Stärken. Um das immer wieder deutlich zu machen, haben wir mit Partnerinnen und Partnern der Stadtgesellschaft Kampagnen und Projekte entwickelt, die von vielen Menschen unserer Stadt mitgetragen und unterstützt werden. Dennoch gibt es natürlich auch in Köln Versuche auszugrenzen. Davon zeugen rassistische und antisemitische Übergriffe in der Stadt und auch Hassmails, die ich und viele andere immer wieder bekommen. Aber die ganz große Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner lässt sich auch nicht einschüchtern. Erinnern Sie sich an die großen friedlichen Demonstrationen gegen die rechten Strömungen, die eben die Grundlagen unseres Zusammenlebens torpedieren. Da hat Köln immer klare Antworten gegeben.

JÜ/LB: Welche stadtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen tragen zur Entstehung solcher Orientierungen bei und wie geht die Stadtverwaltung Köln damit um?

HR: Ich glaube nicht, dass stadtgesellschaftliche Rahmenbedingungen dabei die ausschlaggebende Rolle spielen. Es sind viele Faktoren, die Menschen dazu veranlassen, so zu denken. Dort, wo Politik und Verwaltung vor Ort scheinbar nicht präsent sind, kann das Vertrauen in demokratische Institutionen leicht verloren gehen. Wir haben eine große Kommunikationsaufgabe. Wir müssen auch bei denjenigen Dinge erklären, Angebote machen, damit sie nicht im politischen Diskurs zurückgelassen werden oder auf diejenigen hören, die mit unrealistischen Versprechungen und einfachen Antworten auf komplexe Probleme agieren. Die

aber auch nicht so auf den Prüfstand gestellt werden, wie der große Bereich der Politik gestellt wird. Damit dies nicht geschieht, müssen demokratische Prozesse und Verfahren transparent gemacht und dort wo es möglich ist, sollten sie auch beschleunigt werden. Eine solche Transparenz bzw. Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen schafft Vertrauen. Weiterhin ist Teilhabe meines Erachtens ein Schlüssel, um dieses Vertrauen zu stärken, und um demokratiefernen Orientierungen und der Abkapselung von der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. Ein weiterer wichtiger Punkt im Umgang mit dieser Abwendung von demokratischen Strukturen ist der Dialog. Dazu habe ich die »Stadtgespräche« eingerichtet, zu denen Jede und Jeder mit einem Anliegen kommen und auch Kritik äußern kann. Das ist keine abgehobene Diskussion, sondern immer wieder ein munterer Dialog über sehr handfeste Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Dazu muss sich die Verwaltung dann auch mal stellen – und vor allen Dingen, das auch anschließend bearbeiten. Nur darüber reden, ohne dass etwas passiert, das ist nicht mein Anspruch. Oder denken Sie an die neuen Online-Formate, die wir entwickelt haben. Schon bevor eine Entscheidung auch nur in den Fachausschüssen diskutiert wurden, können alle Projekte im Internet gelesen werden. Und dann kann man sich schon frühzeitig einbringen. So etwas wünsche ich mir auch für andere Ebenen. Als Stadtverwaltung müssen wir den Menschen zeigen, dass wir nicht ein gesichtsloser Apparat sind, sondern dass unsere Mitarbeitenden für die Stadtgesellschaft arbeiten und die Anliegen der hier lebenden Menschen ernstnehmen. Das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis – das versuchen wir als Verwaltung zu vermitteln. Zusätzlich fördert die Stadt unterschiedliche Angebote, die Kölnerinnen und Kölnern eine direkte Beteiligung, den Austausch miteinander und mit der Verwaltung ermöglichen. Ebenso dienen alle Angebote auch der Information. Ein Beispiel für ein städtisches Angebot ist das Zukunftsforum »Kölner Perspektiven 2030«, bei dem sich die Stadtgesellschaft selbst in den Prozess der Stadtentwicklung einbringen kann, den wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen. Diese Beteiligung wird in Veranstaltungen und Mitmachaktionen gefördert, gleichzeitig findet eine umfangreiche Onlinebegleitung statt, die der Ideengewinnung und Meinungsäußerung dient. Alle Angebote stehen allen Interessierten offen, sie dienen aber auch der Integration von demokratiefernen Menschen, die sich sonst vielleicht nicht beteiligen würden. Wir haben auch derzeit einen Pilotversuch, über die bisherigen Bürgerbeteiligungen hinaus, die Arbeit eines Fachausschusses und einer Bezirksvertretung von einer erweiterter Bürgerbeteiligung begleiten zu lassen. Ein sehr interessanter und bisher erfolgreicher Versuch.

JÜ/LB: In einigen Stadtteilen (z.B. Chorweiler oder Finkenberg) ist die Wahlbeteiligung regelmäßig auffällig gering. Was kann eine Stadtverwaltung tun, um die politische Partizipation in diesen Stadtteilen zu begegnen?

HR: Die Beteiligung an Wahlen ist bildlich nur die Spitze des Eisberges der politischen Partizipation. Plakat- und Medien-Kampagnen, die unmittelbar zur Beteiligung an einer Wahl anregen sollen, sind erfahrungsgemäß nur bedingt wirksam. Vielmehr bin ich überzeugt davon, dass wir das Thema der politischen Partizipation künftig noch viel grundsätzlicher angehen müssen und zum Beispiel die grundständige Bürgerbeteiligung an städtischen Planungs- und Entscheidungsprozessen einen sehr positiven Beitrag leisten kann. Da sind wir gefordert – aber auch andere, von Schulen bis hin zu Vereinen oder gesellschaftlichen Gruppen, die wirklich dafür werben sollen, dass man zur Wahl geht. Ich wünsche mir zudem, dass zu den demokratisch legitimierten Strukturen auch freiwillige partizipative Verfahren größeren Platz greifen. Und das ständig, nicht nur am Wahltag. Die Stadt Köln ist auf diesem Feld besonders aktiv und testet – auch mit relativ hohem Aufwand – Verfahren und Formate zum Ausbau von Bürgerbeteiligung. In der Bürgerbeteiligung erleben sich Kölnerinnen und Kölner nicht als Objekt von politischen Planungen und Entscheidungen, sondern als erwünschte und wertgeschätzte Mitglieder der Stadtgesellschaft, deren Bedarfe, Bedürfnisse und Erfahrungen ein wichtiges Element in unseren Planungs- und Entscheidungsprozessen sind. Wer an qualifizierten Beteiligungsverfahren mitgewirkt hat und erfährt, dass ihre oder seine Meinung ernst genommen wird – auch wenn ihr nicht immer gefolgt wird – spricht nicht mehr »von denen da oben und uns hier unten«. Zugleich erfahren Menschen in Beteiligungsprozessen, wie schwierig manche Fragen inhaltlich zu beantworten und zu entscheiden sind und wie viel schwieriger es wird, wenn es dann auch noch höchst unterschiedliche oder gar widerstreitende Auffassungen und Interessen dazu gibt. Man erlebt, dass eine eigene Meinung wichtig ist, dass andere Meinungen aber genauso berechtigt und wichtig sind und wir immer offen sein sollten, unsere Meinungen zu ändern oder auch zurückzustellen, wenn das dem Gemeinwohl dient. Bürgerbeteiligung trägt wesentlich dazu bei, Politik zu verstehen und stärkt die Akzeptanz politischen Handelns. Ich halte das für eine wichtige Grundlage, dass auch bisherige Nicht-Wählende wieder am politischen Geschehen zumindest durch die Beteiligung an Wahlen mitwirken.

JÜ/LB: Immer wieder kommt es dazu, dass bestimmte lokale Ereignisse in den Medien und im Internet aufgegriffen, mit einer Deutung versehen und (über-regional) verbreitet werden. Hierfür finden sich in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Beispiele: Chemnitz, Köthen, Kendall oder auch die Silvesternächte 15/16 und 16/17 in Köln. Derartige Diskurse prägen das Selbst- und Fremdbild einer Stadt oder des Ortes z.T. sehr nachhaltig und negativ. Welche Rolle kommt der Stadtverwaltung und Stadtspitze im Umgang mit solchen Diskursen zu?

HR: Die Stadtspitze aber auch die führenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft müssen sehr klar und für die Öffentlichkeit auch wahrnehmbar Position beziehen. Wir können es uns nicht leisten, das Feld denjenigen zu überlassen, die »desinformieren«, emotionalisieren in bestimmte Richtungen, aufhetzen, Vorurteile bewusst schüren. Es ist schwieriger geworden, weil die Meinungsbildungsprozesse sich verändert haben. Meinungsbildung auf der Basis von validen Informationen ist zwar das Ziel – aber wenn ich heute zunehmend beobachte, auf welch »dünnner« Basis oftmals Meinungsbildung stattfindet, stimmt mich das sehr bedenklich. Die Mediennutzung trägt dazu bei – auch wenn heute Qualitätspublikationen versuchen, dem entgegenzuwirken. Wichtig ist allerdings auch, dass die Menschen sich auch selbst entschieden gegen solche Falschbilder engagieren. Und das haben die Kölnerinnen und Kölner in der Vergangenheit auch getan.

JÜ/LB: Welche Auswirkungen haben diese Diskurse auf die Stadtgesellschaft?

HR: Ein öffentlicher an den Regeln einer pluralistischen Demokratie orientierter Diskurs trägt regelmäßig dazu bei, dass Ereignisse und ihre gesellschaftliche Bedeutung aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. Damit besteht zumindest die Chance, dass aus oft stark emotions- oder interessengeleiteten Debatten sich im Idealfall eine differenziertere Betrachtung und eine mehr an Tatsachen und Fakten orientierte Bewertung entwickelt. In einer lebendigen Demokratie gehört es dazu, dass wir unsere Überzeugungen, Haltungen und Werte immer wieder auch kritisch hinterfragen, um am Ende zu einem tragfähigen gesellschaftlichen und gesetzlich verankerten Wertekonsens für unser Zusammenleben zu gelangen. Das heißt ausdrücklich nicht, dass wir unverrückbare demokratische Grundwerte und Überzeugungen in die Verhandlungsmasse geben dürfen.

JÜ/LB: Welche Akteure spielen bei Entstehung und Verlauf der Diskurse eine Rolle?

HR: Es gibt viele Hinweise darauf, dass sich die Grenzen des Sagbaren offline wie online immer weiter verschieben. Eine große Rolle spielen rechte Blogs oder Online-Plattformen, die bestimmte Diskurse – beispielsweise wenn es um vermeintliche oder tatsächliche Gewalt geht, die als »Ausländerkriminalität« gedeutet wird – befeuern und damit als Stichwortgeber im Netz fungieren. Daraus leiten bestimmte Gruppierungen in den sozialen Netzwerken unter anderem die Überzeugung ab. Das Internet dient dabei als »Echoraum«, in dem die eigene Meinung permanent bestätigt und so verstärkt wird. Oft wird dabei auch auf seriösen Medien und oder demokratische Politiker zu dem jeweiligen Thema verwiesen, deren Äußerungen aber überspitzt, verdreht oder in einen anderen Kontext gesetzt wer-

den. Wir sehen aber gleichzeitig, wie sich eine demokratische Zivilgesellschaft und eine engagierte Politik gegen rechte Hetze wehren und das positive Bild einer Stadt prägen kann. In Köln haben wir Beispiele dafür, wie sich Orte, die von rechten Akteuren als »unsicher« markiert werden, als attraktive Orte einer lebendigen Stadtgesellschaft herausgestellt werden können. Dafür muss das kreative Potential einer Stadt genutzt und anerkannt werden. Außerdem versuchen wir durch ein gutes Community Management in den sozialen Netzwerken zum einen Diskursen, die falsch laufen entgegenzusteuern und zum anderen durch Transparenz auf allen Kanälen Falschinformationen und Instrumentalisierung erst gar nicht entstehen zu lassen.

JÜ/LB: Wie geht die Stadtverwaltung mit der Instrumentalisierung solcher Ereignisse durch rechte Akteure um?

HR: Die Stadtverwaltung wird immer dort tätig, wo Missstände abgeschafft werden müssen. Das ist beispielsweise die Wiederbelebung des Kölner Ebertplatzes, der von rechten Akteuren als »No Go Area« dargestellt wurde. Nach den massenhaften sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht 2015/2016 haben wir gemeinsam mit der Polizei ein neues Konzept aufgelegt. Gleichzeitig lassen wir uns natürlich nicht vor den Karren von Rechtsextremisten spannen. Die Stadt kümmert sich um die Sicherheit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, sei es in den Veedeln oder bei Großereignissen. In der Öffentlichkeit ist die Politik aufgefordert, diese Konfliktthemen offensiv zu diskutieren, aber auch deutlich zu machen, dass soziale Probleme oftmals nicht auf die Herkunft oder die Kultur von Menschen zurückgeführt werden kann.

JÜ/LB: Gibt es Informationen, wissenschaftliche Befunde oder Analysen, die Ihnen und der Stadtverwaltung beim Umgang mit diesen Herausforderungen weiterhelfen? Wenn ja, welche? Falls nein, welche Bedarfe bestehen hier?

HR: Viele Herausforderungen sehe ich natürlich bei meiner alltäglichen Arbeit, im Rat, in Gremien sowie in Gesprächen mit Kölnerinnen und Kölnern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Darüber hinaus gibt es für komplexe Probleme die Expertise der verschiedenen Ämter. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik beispielsweise zeigt mit seinen Analysen, wo es verschiedene Bedarfe gibt. Wenn es um Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus geht, so haben wir die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, auf deren Wissen wir zurückgreifen können.

Das Interview wurde auf schriftlichem Wege mit den Herausgeber_innen geführt.

